

Wie weiter nach dem Franken-Schock?

Christian Levrat und Philipp Müller im Streitgespräch: Die Präsidenten von SP und FDP über einen neuen Mindestkurs, die Rolle der Nationalbank und die Frage, wohin die Schweiz im Wahljahr treibt

VON OTHMAR VON MATT, ALAN CASSIDY
UND KARL-HEINZ HUG (BILDER)

Herr Levrat, braucht die Schweiz wieder einen Mindestkurs?

Christian Levrat: Ja, das war in den letzten vierzig Jahren das Erfolgsmodell der Schweiz. Von 1978 bis 1999 hatten wir einen Mindestkurs gegenüber der D-Mark, danach den praktisch fixen Wechselkurs zum Euro bei 1.50. Und 2011 legte die Nationalbank zum ersten Mal einen expliziten Mindestkurs fest.

Wie hoch sollte dieser Mindestkurs sein?

Levrat: Kurzfristig bei Fr. 1.15 pro Euro. Das würde Arbeitsplätze retten. Ob dieser Mindestkurs explizit oder implizit besteht, ist nicht wesentlich. Der Markt muss verstehen, dass die SNB den Kurs verteidigt. Mit einem frei schwebenden Franken kann sich unsere Wirtschaft nicht vernünftig entwickeln.

Herr Müller, sind Sie damit einverstanden?

Philipp Müller: Natürlich nicht. Als Politiker kann man sich zwar einen Mindestkurs wünschen. Man sollte der SNB aber nicht ins Geschäft reden. Sie muss unabhängig sein. Will man nochmals einen Mindestkurs setzen, agiert man gegen den Markt. Bis im September 2016 wirft die Europäische Zentralbank jeden Monat etwa 60 Milliarden Euro auf den Markt, indem sie Staatsanleihen aufkauft. Total sind das 1,2 Billionen Euro. Ein neuer Mindestkurs wäre unglaublich und ein gefundenes Fressen für die Spekulanten.

Was ist für Sie ein akzeptabler Franken-Euro-Kurs?

Müller: Ich werde mich hüten, einen Wunschkurs zu propagieren. Fakt ist: Der aktuelle Kurs zwischen Fr. 1.05 und 1.08 ist eine enorme Herausforderung. Nicht nur für die Export-, sondern auch für die Binnenwirtschaft.

Finanzministerin Widmer-Schlumpf glaubt, die Wirtschaft könne mit einem Kurs von 1.10 leben. Wirtschaftsminister Schneider-Ammann hingegen denkt an 1.20. Wer hat recht?

Müller: Es geht nicht darum, wer recht hat. Natürlich ist 1.20 besser als 1.10. Der unabhängig gefällte Entscheid der SNB war aber richtig.

Levrat: Da sieht man es: Die Bürgerlichen sind zu Unabhängigkeits-Fetischisten geworden. Dabei gehört es zur Aufgabe der

« Die Bürgerlichen sind zu Unabhängigkeits-Fetischisten geworden. »

SP-PRÄSIDENT CHRISTIAN LEVRAT

Politik, die SNB zu warnen, wenn Arbeitsplätze in Gefahr sind. Auch zwei Monate nach dem 15. Januar stellt sich immer noch die Frage: Was sind die wahren Gründe der SNB, den Mindestkurs aufzugeben? Der Rückkauf von Staatsanleihen durch die EZB kann es kaum sein. Der Zerfall des Euro ist ausgeblieben.

Vermuten Sie politische Motive?

Levrat: Ein Teil der Wirtschaft war unglücklich mit dem Mindestkurs, und von rechts kam massiver Druck, ihn aufzugeben. Die SVP und Spekulanten, die um die SVP kreisen, waren unzufrieden. Wie auch ein bekannter Kolumnist Ihrer Zeitung. Es gibt Gewinner dieses Entscheids, die am 15. Januar wohl Champagner geöffnet haben.

Haben Sie am 15. Januar Champagner entkorkt, Herr Müller?

Müller: Nein. Es gibt keine Gewinner, nur Firmen, die kämpfen müssen. Zudem hinkt Herr Levrats Vergleich mit der An-



Links gegen rechts: Christian Levrat (SP) und Philipp Müller (FDP) am Freitag vor dem Bundeshaus.

bindung an die D-Mark. Die heutige Euro-Geldmenge ist viel grösser als damals bei der Mark. Wir haben heute auch nicht eine Frankenstärke, sondern eine Euroschwäche. Das zeigt sich an der Entwicklung des Dollar-Franken-Kurses. Herr Levrats Argumentation hält ökonomischen Überlegungen nicht Stand.

Ihr Vertrauen in die SNB ist intakt?

Müller: Ja. Selbstverständlich hätte auch ich gerne eine bessere Begründung gehabt. Die SNB hat unabhängig gehandelt, das ist zu respektieren. Zudem: Eine dauerhafte Anbindung funktioniert nicht.

Herr Levrat, ist SNB-Präsident Thomas Jordan für die SP noch tragbar?

Levrat: Ich schiesse nicht auf Personen. Das Problem ist die fehlende Koordination der SNB mit der Politik. Es geht

doch nicht, dass die SNB den Mindestkurs aufhebt und den Bundesrat erst eine halbe Stunde vorher informiert. Sie hat das Nationalbankgesetz krass missachtet. Dieses sieht vor, dass sich Bundesrat und SNB in wichtigen wirtschafts- und geldpolitischen Fragen absprechen. Quartaltreffen der Bankspitze mit dem Bundesrat genügen nicht. Es kann nicht sein, dass ein Entscheid von solcher Tragweite durch drei – wenn auch gute – Technokraten allein getroffen wird. Das war der wichtigste wirtschaftspolitische Entscheid der ganzen Legislatur! Wir werden beantragen, das Gesetz hier zu ändern. Offensichtlich ist es nicht hart und klar genug formuliert.

Offensichtlich gibt es auch im Bundesrat Misstrauen gegenüber der SNB, wie ein Aussprachepapier zeigt, das diese Woche öffentlich wurde.

Levrat: Zum Glück.

Müller: Das Nationalbankgesetz sieht für wichtige Fragen in der Tat eine Konsultation des Bundesrats vor. Es sagt aber auch ausdrücklich, dass weder vom Bundesrat noch von der Bundesversammlung oder anderen Stellen Weisungen eingeholt oder entgegengenommen werden dürfen. Und man darf eines nicht vergessen: Der Entscheid war derart brisant, dass die geringste Indiskretion zu einem Debakel geführt hätte.

Sie glauben, es wäre in der Regierung zu Indiskretionen gekommen?

Müller: Was erleben wir denn dauernd? Dass Indiskretionen im Bundesrat bald alltäglich sind. Bundesrat Schneider-Ammann musste am 15. Februar falsche Berichte dementieren. Genauso Bundesratssprecher André Simonazzi diese Woche. Das ist doch nicht normal.

Levrat: Als es 2011 darum ging, über Nacht 60 Milliarden Franken für die UBS zu sprechen, hat sich die SNB eng mit dem Bundesrat koordiniert. Das war notwendig und drang nicht nach aussen. Als die SNB den Mindestkurs einführte, koordinierte sich die SNB sogar mit den Parteispitzen. Auch hier drang nichts nach aussen.

Müller: Wir haben es heute nicht mehr mit dem gleichen Bundesrat zu tun wie vor dreieinhalb Jahren. Er ist zu einem Departementsgremium geworden.

Levrat: Auch ich kritisierte die Kultur, laufend Informationen nach aussen durchsickern zu lassen. Das war einer der wesentlichen Gründe, weshalb wir 2007 Christoph Blocher abgewählt haben. Damals waren Indiskretionen an der Tagesordnung. Wir konnten den Sitzungsablauf praktisch in allen Tageszeitungen nachlesen. Diese Zeiten wünsche ich mir nicht zurück.

Die Bürgerlichen versuchen, den 15. Januar zu einem Schulterchluss zu nutzen. Macht Ihnen das Sorgen, Herr Levrat?

Levrat: Sorgen bereitet mir die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Fast jeden Tag kündigen Firmen neue Auslagerungen an. Sie nehmen den starken Franken als billigen Vorwand, um Arbeitszeiten zu erhöhen und Löhne zu senken. Als wären diese Pläne nicht schon lange gemacht worden! In der Ostschweiz hat ja sogar eine Gemeinde die Arbeitszeit ihres Personals erhöht. Es gibt Trittbrettfahrer und Profiteure des starken Franken. Und die Bürgerlichen unterstützen sie dabei auch noch.

Müller: Das ist nun wirklich eine üble Verunglimpfung all jener Unternehmen, die dafür kämpfen, ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Das ist inakzeptabel

« Es gibt keine Gewinner des 15. Januar – nur Firmen, die kämpfen müssen. »

FDP-PRÄSIDENT PHILIPP MÜLLER

und falsch, weil es die Unternehmen sind, die Arbeitsplätze und damit Wohlstand schaffen. Wir pflegen in der Schweiz die Sozialpartnerschaft. Hören Sie auf mit solchen Unterstellungen.

Herr Müller, seit dem 15. Januar sprechen die Bürgerlichen seit langem wieder offen über Deregulierungen – und die Linke wirft Ihnen Ideologie vor.

Müller: Falsch. Es geht bei vielen Firmen ums nackte Überleben. Seit dem 15. Januar ist die Herausforderung für die Unternehmen enorm – und die Ideen der SP taugen nichts. Sie laufen auf eine reine Verpolitisierung der Nationalbank hinaus. Unser Ansatz ist ein anderer: Wir wollen die Firmen dort entlasten, wo es drückt. Das heisst vor allem, dass wir sie vor immer neuen Regulierungen, neuen Steuern und Abgaben befreien, wie sie die Linke überall fordert. Sie will umverteilen und umverteilen, bis der Mittelstand ausgeblutet ist.

Levrat: Es ist doch so: Sie wehren sich gegen alles, was die Schweiz progressiv und innovativ macht. Energiewende, grüne Wirtschaft, Kampf gegen Lohnungleichheiten – alles, was fortschrittlich ist, bekämpfen Sie. Und Sie waren einmal die Partei des Fortschritts!

Sie vertreten zwei unterschiedliche Modelle der Schweiz. Welches setzt sich in den Wahlen im Herbst durch?

Levrat: Die Bürger haben die Wahl zwischen einer Schweiz der Abschottung, die die Menschenrechtskonvention kündigt und die Bilateralen aufgeben will. Und zwischen der progressiven Schweiz, die für Innovation, Lohngleichheit und geregelte Verhältnisse mit Europa steht.

Diese Schweiz verkörpern wir – und es gab eine Zeit, als es auch die FDP tat. Heute kann sie sich nicht entscheiden, ob sie ins progressive Lager gehört oder in das nationalkonservative.

Sind Sie Teil der nationalkonservativen Schweiz, Herr Müller?

Müller: Unsinn! Wenn Sie «progressiv» sagen, meinen Sie links, Herr Levrat. Das sind semantische Turnübungen. Zudem scheinen Sie faktenresistent zu sein. Sie sind ziemlich hilflos, weil Ihnen die Felle davonschwimmen. Weil Sie das Mitte-Lager des Parlaments nicht mehr im Griff haben. Sie wissen genau: Die FDP ist nicht die Partei der Abschottung. Sie haben hier den Präsidenten der FDP vor sich, nicht der SVP.

Sie sagen, die SP habe die Mitte verloren. Wie meinen Sie das?

Müller: Zeitweise hatte Herr Levrat drei Bundesräte – und hat sie zum Teil immer noch. Bis zum 15. Januar lebte die SP sehr komfortabel. Herr Levrat sagte ja selber, wie einfach es für die SP geworden sei, sich Mehrheiten zu beschaffen.

Levrat: Es stimmt, dass wir in dieser Legislatur Fortschritte gemacht haben, die ich nicht für möglich gehalten hatte. Die neue Konstellation in der Mitte hat uns da geholfen, zum Beispiel bei der Energiewende. Es gibt zum Glück Mitteparteien, die konstruktiver sind als die FDP. Daran sollten Sie sich ein Beispiel



«Merken Sie, wie Sie das Vokabular der SVP übernehmen?» – «Wir können auf Ihre Ratschläge verzichten!»

nehmen. Im Übrigen zähle ich immer noch zwei SP-Bundesräte.

Müller: Sie wissen, was ich meine: In wichtigen Fragen haben Sie drei Bundesräte. Dank Frau Widmer-Schlumpf, die für ihre Wiederwahl erneut auf Ihre Stimmen angewiesen ist.

Levrat: Ich hatte schon Angst, Sie wollten uns Schneider-Ammann zuschreiben...

Müller: Den kriegen Sie nicht, der ist zu gut für Sie. Die Bürger haben 2011 ein bürgerliches Parlament gewählt. Erhalten haben sie aber eine Politik, die in vielen Fragen links ist. Und einen Bundesrat, der Projekte lanciert, die mit bür-

gerlicher Politik nichts zu tun haben. Da kommen Ideen wie eine Lohnpolizei und Frauenquoten – unverständlich!

Levrat: Merken Sie, wie Sie das Vokabular von SVP und «Weltwoche» übernehmen?

Ein harter Vorwurf, Herr Müller.

Müller: Das bin ich gewohnt. Jede Woche erhalten wir von Herr Levrat Ratschläge, was die FDP zu tun habe.

Levrat: Ich habe Ihnen geraten, keine Listenverbindungen mit der SVP einzugehen, und Sie haben selber gesagt, dass das Ihre Basis auch so sieht. Vielleicht sollten Sie wirklich auf mich hören!



wir wollen das mit anderen Instrumenten tun als Sie, der immer alles mit noch mehr Gesetzen regeln will. Wir setzen auf die Sozialpartnerschaft.

Die Gemeinsamkeiten zwischen Ihnen erschöpfen sich rasch. Hat die Konkordanz in der Regierung noch Zukunft?

Müller: Welche Konkordanz? Seit 2007 gilt sie nicht mehr. Stattdessen sitzt im Bundesrat eine 5-Prozent-Partei. Nach den Wahlen muss die Konkordanz als Vertretung der stärksten Parteien wiederhergestellt werden.

Würden Sie auch einen Sitz der SP angreifen, um der SVP zu einem zweiten Sitz zu verhelfen?

Müller: Ist die SP zweit- oder drittstärkste Partei, hat sie Anspruch auf zwei Sitze.

Ist die Konkordanz tot, Herr Levrat?

Levrat: Nein. Die Konkordanz ist eine Regierungsmethode. Wie lebendig sie ist, misst sich an der Arbeit der Bundesräte. Ich habe die Legislatur von 2003 bis 2007 erlebt, als wir eine Mehrheit von SVP und FDP hatten – und die heutige Formel funktioniert eindeutig besser.

Müller: Ich staune über diese Beurteilung. Der aktuelle Bundesrat hat mehrere Volksabstimmungen verloren, darunter die wichtigste: jene über die Masseneinwanderungsinitiative. Erfolgreich ist anders. Für mich ist deshalb klar: In Zukunft muss die Regierung wieder die Mehrheiten im Parlament und in der Bevölkerung spiegeln. Sonst regiert der Stillstand.

Müller: Das entscheiden allein die FDP-Kantonalparteien, sicher nicht die SP. Wir können gerne auf Ihre Ratschläge verzichten.

Levrat: Ich gebe Ihnen trotzdem einen Rat: Als Präsident der FDP müssten Sie doch Lohnkontrollen unterstützen, damit Männer und Frauen in diesem Land endlich den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten. Stattdessen wehren Sie alles ab, indem Sie mit SVP-Begriffen wie «Lohnpolizei» um sich werfen.

Müller: Wir sind auch der Meinung, dass die in der Verfassung festgeschriebene Lohngleichheit umgesetzt gehört. Aber